

Chronik über
die Ereignisse nach der Novemberrevolution 1918
und
der Organisierung des faschistischen Terrors und nazistischer
Regierungsgewalt im Land Braunschweig
vor 1933 / 1933 / nach 1933

Nachträge zur
Gedenkveranstaltung in Rieseberg am 04. Juli 2023



Anhang

Chronologie zu politischen Ereignissen seit der Novemberrevolution 1918 und der Organisation nationalsozialistischer Gewalthandlungen im Freistaat Braunschweig 1931 – 1933 / 1934 sowie der Reorganisation und Entwicklung der Politischen Polizei im Land und im Reich bis 1944 / 1945

1918

- 07.11.1918 Zugereiste Matrosen, Soldaten der Garnison und Arbeiter demonstrieren in Braunschweig.
- 08.11.1918 Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates in Braunschweig, der von Anhängern des Spartakus dominiert wird.
Abdankung des Herzogs. Eine Deputation im Auftrag des Arbeiter- und Soldatenrates Braunschweig lässt sich die Abdankung des Herzogs durch denselben unterzeichnen. Deputation: Hermann Meier, Hermann Schweiss und Friedrich Schubert vom Soldatenrat sowie August Merges, Paul Gmeiner, Henry Finke vom Arbeiter- rat.
- 10.11.1918 Bildung einer reinen USPD-Regierung durch den Arbeiter- und Soldatenrat (die Spartakusanhänger waren derzeit noch USPD-Mitglieder).
Ausrufung der Republik, Überführung der Domänen und Güter in das Eigentum der Republik; Ankündigung von Wahlen zur Landesversammlung (analog zur Nationalversammlung auf Reichsebene).
Im Verlauf des November werden die „Rote Garde“ (später in „Volkswehr“ umbenannt) und „Volksstandgerichte“ gebildet. Die geistliche bzw kirchliche Schulaufsicht wird aufgehoben. Die Regierung erlässt weitestgehend eine Amnestie.
- 24.11.1918 Der Arbeiter- und Soldatenrat wird – bei geringer Wahlbeteiligung – neu gewählt.
- 03.12.1918 Auf einer gemeinsamen Versammlung von SPD- und USPD-Mitgliedern beschließen die Delegierten einen gemeinsamen Wahlkampf auf der Grundlage des Erfurter Programms zu führen. a).
- 04.12.1918 Eine Sitzung der gemeinsamen Wahlkommission wird von der SPD abgebrochen.
- 06.12.1918 Erste Sitzung des Landes-Arbeiter- und Soldatenrates, dem jeweils zu etwa einem Drittel Anhänger von SPD, USPD-Zentrum und USPD-Linke / Spartakus angehören.
- 15.12.1918 Bei den Kommunalwahlen treten SPD und USPD – mit Ausnahme in der Stadt Braunschweig – mit gemeinsamen Listen an.
- 20.12.1918 Innenminister [Sepp Oerter](#) (USPD) ignoriert die Aufforderung des Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates, die Landtagswahl abzusagen.
- 22.12.1918 Bei den Landtagswahlen wird die SPD überraschend stärkste Partei vor dem Braunschweigischen Landeswahlverband (BLW) und der USPD.
- 23.12.1918 [Gustav Gerecke](#) (USPD) beantragt im Arbeiter- und Soldatenrat, die Einberufung des Landtages bis zur Entscheidung des Reichs über die Aufgaben der Landesparlamente zu vertagen.
- 27.12.1918 [Sepp Oerter](#) (USPD) gelingt es, einer Entscheidung zur Räte- und Parlamentsherrschaft, auszuweichen.
- 30.12.1918 Der Landes-Arbeiter- und Soldatenrat beschließt mit 249 gegen 21 Stimmen die Einberufung des Landtages.

1919

- 02.01.1919 Nachdem der Arbeiter- und Soldatenrat der Stadt Braunschweig Oerters Denkschrift vom 27. Dezember 1918 verwirft, droht *Sepp Oerter* mit Rücktritt. Am folgenden Tag gelingt es *August Merges* (USPD) einen Kompromiss zu vermitteln.
- 05.01.1919 Die auf einer Spartakus-Versammlung beschlossene Gründung eines Ortsverbandes der KPD in Braunschweig unterbleibt zunächst.
- 07.01.1919 Massendemonstration in Braunschweig zur Unterstützung des Spartakus-Aufstandes in Berlin.
- 17.01.1919 Eine Verordnung der Regierung sieht die Abgabe von 1 bis 2 Morgen an Land- und Industriearbeiter auf den Dörfern vor, jedoch nicht die Zerschlagung des Großgrundbesitzes.
- 23.01.1919 Die braunschweigische Landesregierung erleichtert den Kirchenaustritt.
- 25.01.1919 Bei der Neuwahl des USPD-Vorstandes siegen die Spartakisten.
- 02.02.1919 Verhaftung *Heinrich Jaspers* (SPD) wegen angeblicher Beteiligung an Putschplänen; er wird am folgenden Tag freigelassen.
- 05.02.1919 Der Landes-Arbeiter- und Soldatenrat beschließt, den braunschweigischen Landtag zum 10. Februar einzuberufen.
- 10.02.1919 Der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates, *Emil Schütz*, trägt bei der Eröffnung des Landtages das Regierungsprogramm vor und übergibt einen Verfassungsentwurf.
- 15.02.1919 SPD und USPD einigen sich über eine gemeinsame Regierungsbildung im Freistaat Braunschweig.
- 22.02.1919 Der braunschweigische Landtag verabschiedet die vorläufige Verfassung, die dem Arbeiter- und Soldatenrat ein Veto-Recht einräumt, das nur durch Volksabstimmung aufgehoben werden kann, und wählt eine Koalitionsregierung aus SPD und USPD.
- 28.02. / 01.03. 1919 Ein Versuch der Spartakusanhänger, die Räterepublik auszurufen, führt am 04. März zu einer Urabstimmung. Diese befürwortet zwar bei schwacher Beteiligung und mit knapper Mehrheit die Räterepublik, aber letztlich versandet der Vorstoß.
- 08.03.1919 Auf der Mitgliederversammlung der USPD sprechen sich die Versammelten für die Einheit von USPD und Spartakus aus.
- 23.03.1919 Bei den Wahlen zum Landes-Arbeiterrat erhalten die USPD 42 Sitze, SPD, DDP 2 und BLW 2 Sitze.
- 26.03.1919 Eine Mitgliederversammlung der KPD besiegelt de facto die Trennung von der USPD.
- 07.04.1919 Aktionsausschuss, Betriebsausschüsse und Vertrauensmänner beschließen für den 09. April den Beginn eines Generalstreiks zur Errichtung der Räterepublik. Das Bürgertum reagiert mit einem Gegenstreik.
- 13.04.1919 Die Reichsregierung verhängt den Belagerungszustand über Braunschweig. *General Maercker* soll dort mit seinen Freikorps einrücken.
- 15.04.1919 Die braunschweigische Landesregierung erreicht die Beendigung der Streiks.
- 16.04.1919 Trotz des Streikabbruchs erklärt die Reichsregierung die braunschweigische Landesregierung für abgesetzt.
- 17.04.1919 Unblutige Besetzung Braunschweigs durch das *Freikorps Maercker*; Auflösung des Landesarbeiterrates; die somit diskreditierte KPD leidet an abnehmender Bedeutung;
Obwohl die braunschweigische Landesregierung als abgesetzt erklärt wurde, bleibt diese bis zum 30. April geschäftsführend im Amt, da es *General Maercker* nicht gelingt, eine andere Regierung zu bilden.
- 29.04.1919 In Braunschweig werden bürgerlich dominierte „Einwohnerwehren“ unter dem Protektorat Maerckers gegründet.

- 30.04.1919 Der braunschweigische Landtag wählt eine neue Regierung, die durch eine Koalition aus SPD, USPD und DDP gebildet wird.
- 10.05.1919 Die Maerkerschen Freikorps werden aus Braunschweig abgezogen.
- 04.06.1919 Die Reichsregierung lässt in Braunschweig den Landesarbeiterrat wieder zu.
- 06.06.1919 Aufhebung des Belagerungszustandes über Braunschweig durch die Reichsregierung.
- 12.06.1919 Der braunschweigische Ministerpräsident *Heinrich Jasper* (SPD) erbittet von der Reichsregierung die Erlaubnis, den Belagerungszustand über Braunschweig verhängen zu dürfen, um einen behaupteten drohenden kommunistischen Aufstand bekämpfen zu können.
- 19.06.1919 Misstrauensanträge der USPD gegen Ministerpräsident *Jasper* (SPD) werden vom Landtag abgelehnt; die Misstrauensanträge der DDP gegen die Minister *Junke* und *Gerecke* (USPD) werden dagegen bei Enthaltung der SPD-Abgeordneten angenommen.
- 26.06.1919 *Otto Antrick* (SPD) und *Heinrich Rönneburg* (DDP) werden zu neuen Ministern gewählt. SPD und DDP bilden eine neue Regierung im Freistaat Braunschweig.
- 04.07.1919 Das Gesetz über die Landbeschaffung tritt in Kraft, das die Verteilung von Land an die Arbeiter sowie eine langfristige Umwandlung der Großbetriebe in Genossenschaften vorsieht. Bis Ende 1921 sind 10 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche verteilt.
- 24.07.1919 Der braunschweigische Landtag verabschiedet mit den Stimmen von SPD und USPD ein **Betriebsrätegesetz**, der eine Verschlechterung gegenüber den vorläufigen Regelungen darstellt und bis zur reichseinheitlichen Regelung (im Januar 1920) in Kraft bleibt.
- Aug – Okt 1919 Der Streik der Arbeiter bei Büssing gegen die Wiedereinführung der Akkordarbeit endet mit einer Niederlage der Streikenden und der Gewerkschaften.
- Ende August 1919 Das Gesetz über die Einwohnerwehren tritt in Kraft.
- September 1919 Der braunschweigische Landtag verabschiedet einmütig das Pächterschutzgesetz.
- 05.09.1919 Der braunschweigische Landtag verabschiedet ein Steuergesetz zur Deckung des Haushaltsdefizits, das vor allem die Landwirtschaft belastet.
- 19.12.1919 Der braunschweigische Landtag verabschiedet ein Gesetz über die Trennung von staatlichen und kirchlichen Vermögen.
- 1920**
- 20.01.1920 Der Reichstag verabschiedet das **Betriebsrätegesetz**, mit dem das Konzept der kontroll- und regulierungsbefugten Arbeiterräte in eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern pervertiert wird. Während einer Massendemonstration vor dem Reichstag in Berlin gegen die Verabschiedung des Gesetzes schießen Angehörige der Freikorps auf die Demonstranten. Dabei werden **40 Menschen erschossen, hunderte zum Teil schwer verletzt**.
- 19.06.1920 Gewinner der Landtagswahlen in Braunschweig sind USPD und Braunschweiger Landeswahlverband (BLWV), wogegen SPD und DDP starke Verluste erleiden.
- 22.06.1920 Der braunschweigische Landtag wählt eine USPD / SPD-Regierung unter Leitung von *Sepp Oerter* (USPD).
- Juli – August 1920 erfolgreiche Streiks von Landarbeitern im Landkreis Wolfenbüttel sowie in Teilen der Landkreise Braunschweig und Helmstedt.
- September 1920 Die Einwohnerwehren werden – aufgrund der Bestimmungen des Versailler Vertrages – aufgelöst.

1921

- Juli – Aug 1921 Die Lohnstreiks der Metallarbeiter in Braunschweig sind trotz der Aussperrungen durch die Arbeitgeber erfolgreich.
- August 1921 Unruhen aufgrund der Verteuerung der Lebenshaltungskosten.
- 10.10.1921 Ein Vertrag zwischen der braunschweigischen Landesregierung und der katholischen Kirche regelt die Übernahme der bislang katholisch ausgerichteten Privatschulen bei „Wahrung des katholischen Charakters“.
- 25.11.1921 Nach dem Ausscheiden [Sepp Oerters](#) (USPD) aus der Landesregierung wählt der braunschweigische Landtag wiederum eine USPD / SPD-Regierung unter Leitung von [August Junke](#) (USPD).

1922

- 22.01.1922 Bei den Landtagswahlen verliert die Regierung ihre Mehrheit, da die Gewinne der SPD die Verluste der USPD nicht ausgleichen. Nur mit den zwei Sitzen der KPD hat die Linke eine Mehrheit.
- 04.05.1922 Ein Antrag aus der bürgerlichen Opposition, der braunschweigischen Landesregierung das Vertrauen auszusprechen wird mit 29 zu 30 Stimmen abgelehnt ([Sepp Oerters](#) und ein Abgeordneter der KPD hatten mit der bürgerlichen Opposition gestimmt); die Regierung tritt zurück.
- 23.05.1922 Wahl einer neuen Landesregierung aus SPD, DDP und DVP. Damit ist der Braunschweiger Wahlverband endgültig zerbrochen.
- 13.07.1922 Minister [Kaefer](#) (DVP) tritt zurück, da die SPD ein Misstrauensvotum der USPD wegen seiner Stellung zum Mord an Walther Rathenau unterstützt hätte.
- 20.07.1922 Die Fraktionen von SPD und USPD bilden im braunschweigischen Landtag eine Arbeitsgemeinschaft.
- 30.09.1922 Mittels einer Notverordnung wird in Braunschweig das Landespolizeiamt gegen Wucher und Preistreiberei gebildet.
- November 1922 In Wolfenbüttel wird eine Ortsgruppe der NSDAP gebildet.
17. – 22.11.1922 Aufgrund der Verteuerung der Lebenshaltungskosten kommt es in Braunschweig zu schweren Unruhen. In deren Verlauf brechen Konflikte zwischen der legalistisch orientierten Landesregierung auf der einen Seite und der radikalisierten SPD und den Gewerkschaften auf der anderen Seite auf.

1923

- 15.02.1923 In Braunschweig wird eine Ortsgruppe der NSDAP gegründet.
- Juni 1923 [Otto Antrick](#) (SPD) wird zum Leiter des Landesernährungsamtes, dem das Landespolizeiamt gegen Wucher und Preistreiberei eingegliedert wird, ernannt.
- 08.08.1923 In einem Vertrag mit der evangelischen Landeskirche wird unter anderem die Synode anerkannt und die finanzielle Unterstützung geregelt.
- Aug-Okt 1923 Im gesamten Land kommt es aufgrund der Verteuerung der Lebenshaltungskosten zu Demonstrationen.
- 13.09.1923 Die braunschweigische Landesregierung verfügt ein Verbot der NSDAP auf der Grundlage des Republikschutzgesetzes. Dieses wird jedoch nicht konsequent und rigoros durchgesetzt.
- 27.09.1923 Nach der Amtsenthebung der beiden Kreisdirektoren von Braunschweig und Wolfenbüttel, die beide der DVP angehören, werden an ihrer statt ein SPD- und ein DDP-Mitglied neu ernannt.
- 07.10.-02.11.1923 Einheitsfrontverhandlungen von SPD und KPD im Land Braunschweig, die schließlich von der SPD abgebrochen werden.
- 12.-15.10.1923 Unruhen in zum Braunschweiger Land gehörenden Blankenburg.
- 20.10.1923 Eine Teilrevision des Schulerlasses durch Minister [Jasper](#) (SPD) erlaubt unter anderem die Teilnahme an religiösen Feiern während der Unterrichtszeit.
- 23./24.10.1923 Teuerungsunruhen in Schöningen werden mit Hilfe der Reichswehr niedergeschlagen.

03.-09.11.1923 Publikationsverbot für den sozialdemokratischen Volksfreund durch den Wehrkreiskommandanten in Münster. Das Verbot wird nach Intervention durch Ministerpräsident *Heinrich Jasper* (SPD) am 04. November wieder aufgehoben.

1924

Januar 1924 Durch den Übertritt *Sepp Oerters* in die NSDAP ist diese erstmals im braunschweigischen Landtag vertreten.

Februar 1924 Die DNVP lanciert erfolgreich ein Volksbegehren zur Auflösung des Landtages. Zum Volksentscheid darüber kommt es jedoch nicht, weil sich der Landtag zuvor selbst auflöst.

15.11.1924 Die neue Städte-, Landgemeinde- und Kreisordnung tritt in Kraft, die eine Stärkung der Räte vorsieht sowie die Möglichkeit von Kreisentscheiden verbessert.

07.12.1924 Bei den Landtagswahlen in Braunschweig erreichen die bürgerlichen Parteien die Mehrheit.

24.12.1924 Wahl der neuen Regierung, von denen zwei Minister der DNVP und einer der DVP nahe stehen; Bildung einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft bestehend aus Mitgliedern der DNVP, DVP, Wirtschaftlicher Einheitsliste, Welfen und NSFB.

1925

19.09.1925 Der Marquordtsche Schulerlass definiert die Schulen als evangelische Bekenntnisschulen. Für konfessionslose Schüler werden Sammelschulen bzw –klassen eingerichtet.

04.11.1925 Hitler tritt erstmals öffentlich in Braunschweig auf.

06.11.1925 Nachdem sie im Frühjahr bereits den 1. Mai als Feiertag abgeschafft hatte, hebt die braunschweigische Landesregierung auch den Revolutionstag als Feiertag wieder auf.

1926

00.00.1926

1927

27.11.1927 Die SPD erreicht bei den Wahlen zum Landtag 46,2 Prozent und gewinnt die Hälfte der Sitze.

14.12.1927 Wahl einer reinen SPD-Regierung im Land Braunschweig mit 23 SPD- und 2 KPD-Stimmen (Rest Enthaltungen).

1928

07.01.1928 Ein neuer Schulerlass der braunschweigischen Landesregierung beschränkt religiöse Inhalte auf den Religionsunterricht.

21.02.1928 Der braunschweigische Landtag verabschiedet das Schulaufsichtsgesetz und verringert zwei Tage später das Schulgeld für den Besuch höherer Schulen.

24.04.1928 Mit der Mehrheit von SPD und KPD wird im braunschweigischen Landtag die Wiedereinführung des 1. Mai als Feiertag beschlossen.

21.06.1928 Der braunschweigische Landtag verabschiedet die Steuerreformen: die Reform der Grundsteuer mit einer Mehrheit aus Abgeordneten der SPD, DDP und KPD sowie die der Gewerbesteuer mit einer Mehrheit aus SPD, DDP und DNVP.

1929

06.01.1929 Heinrich Himmler leitet als "Reichsführer SS" die Schutzstaffeln (SS) der NSDAP, welche seinerzeit als kleine Spezialeinheit der SA angegliedert war.

25.01.1929 Der braunschweigische Landtag verabschiedet ein neues Berufsschulgesetz, das eine Überführung der Schulen von der Trägerschaft der Gemeinden auf das Land vorsieht.

06.02.1929 Die DDP und die Wirtschaftspartei (WP) bilden im braunschweigischen Landtag die „Gemeinschaft der Mitte“.

April 1929 Ein neues Geschichtsbuch berücksichtigt nunmehr die Volksaufstände und die Arbeiterbewegung als geschichtstragende Faktoren.

17.05.1929 Ein Misstrauensantrag von DNVP und DVP scheidet im braunschweigischen Landtag ebenso wie ein Antrag der „Gemeinschaft der Mitte“ auf Selbstauflösung des Landtages.

25.06.1929 Der braunschweigische Landtag beschließt die Einrichtung eines „Forschungsinstituts für Erziehungswissenschaften“, das am 02. Februar 1930 eröffnet, im April 1931 jedoch von der Rechtsregierung wieder geschlossen wird.

1930

25.03.1930 Ein Bildungs- und Veraltungsplan der braunschweigischen Landesregierung für die Volksschulen sieht umfangreiche Reformen vor.

14.09.1930 Bei der Wahl zum braunschweigischen Landtag entfallen auf die SPD 17 (minus 5,2 %), KPD 2, Bürgerliche Einheitsliste (BEL) 11, NSDAP 9 und Staatspartei (Jungdeutscher Orden / Jungdo) 1 Sitze.

Damit verliert die Linke ihre Mehrheit im Landtag, wogegen die NSDAP ihr Wahlergebnis im Land Braunschweig von 3,7% auf 22,2% gesteigert hat.

19.09.1930 Die sozialdemokratische Landesregierung in Braunschweig verleiht dem Deutschen Freidenkerverband die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts.

30.09.1930 Der braunschweigische Landtag wählt *Ernst Zörner* (NSDAP) mit 20 gegen 17 Stimmen gegen *Kuno Rieke* (SPD) zum Landtagspräsidenten. KPD und DStP hatten sich enthalten.

01.10.1930 Mit der gleichen Mehrheit wird in Braunschweig die neue Rechtsregierung gewählt: Wahl der braunschweigischen Minister, Koalitionsregierung unter dem Kieler Amtsgerichtsrat und MdR seit 15.09.1930 *Dr. Anton Franzen* (NSDAP), Minister des Innern und für Volksbildung. Die DVP hatte zuvor die Bildung einer großen Koalition abgelehnt.

04.10.1930 Ein neuer Schulerlass revidiert die Reformbemühungen der SPD.

13.10.1930 Minister *Dr. Anton Franzen* (NSDAP) versucht, durch eine Falschaussage einen Parteifreund der Strafverfolgung zu entziehen. Die SPD startet daraufhin eine Kampagne gegen Franzen.

22.10.-01-11.1930 Minister *Dr. Anton Franzen* (NSDAP) verbietet alle Umzüge und öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel und lässt alle Flugblätter und Plakate der SPD über die Vorgänge des 13. Oktober beschlagnahmen.

01.11.1930 Nachdem bereits Kreisdirektoren und der Kommandant der Schutzpolizei mit SDP-Parteibuch entlassen wurden, folgen sieben Schulräte sowie 26 dissidentische Lehrer. Ein der SPD angehöriger Professor wird in den Ruhestand versetzt.

11.12.1930 NSDAP, SA, SS und Hitlerjugend feiern die Bildung der Rechtsregierung und ihre gegen die SPD gerichteten Maßnahmen bereits mit Massenveranstaltungen als "Teileroberung" Braunschweigs.

1931

01.03.1931 Die Kommunalwahlen reichen für eine SPD / KPD-Mehrheit in der Stadt Braunschweig. Zwar erleidet die Linke Stimmenverluste, aber sie bleibt dort stärker als bei den Landtagswahlen.

März 1931 Die KPD initiiert erfolgreich ein Volksbegehren zur Auflösung des braunschweigischen Landtages, jedoch kommt es nicht zum Volksentscheid.

22./23.03.1931 Die NSDAP hält in Braunschweig ihren "Gautag" ab, auf dem die gesamten Gliederungen der Niedersächsischen NSDAP uniformiert auftreten.

10./11.04.1931 Aufgrund der Entlassung von Lehrern kommt es an den öffentlichen Schulen zu Streiks.

15.04.1931 Der sozialdemokratische Volksfreund wird von der braunschweigischen Landesregierung für drei Wochen verboten. Bis 1933 folgen noch fünf weitere Verbotsmaßnahmen, die in der Regel durch das Reichsgericht oder das Reichsinnenministerium verkürzt werden.

30.04.1931 Die Rechtsregierung hebt den 1. Mai als Feiertag wieder auf.

- 19.05.1931 Wegen ihrer Beteiligung an den Schulstreiks verhängt der Braunschweiger Polizeipräsident zwei- bis dreitägige Haftstrafen gegen Eltern. Die Verfahren werden nach Widerspruchsverfahren vom Amtsgericht wegen Geringfügigkeit eingestellt.
- 27.07.1931 Rücktritt Dr. Franzens von den politischen Ämtern in der Landesregierung.
- 15.09.1931 Wahl des NSDAP-Abgeordneten Dietrich Klagges zum Staatsminister durch NSDAP und Bürgerliche Einheitsliste (BEL).
- 18.09.1931 Aufhebung des von seinem Vorgänger Franzen (NSDAP) angeordneten Umzugsverbots für politische Gruppen.
- 20.09.1931 Bei den Umzügen der SA demonstriert die NSDAP ihre im Freistaat gewonnene Macht.
- 22.09.1931 Umzüge der Arbeiterparteien und -Verbände werden in den folgenden Monaten wiederholt Verboten unterworfen.
- 02.10.1931 Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei SAP (Links-Abspaltung von der SPD) in Braunschweig.
- 11.10.1931 Treffen der nationalistischen und nazistischen Rechtsverbände und ihrer Parteien in Bad Harzburg – Bildung der Harzburger Front.
- 17.10.1931 *Aufmarsch von rund 100.000 SA-Männern* des Reiches zu einer Demonstration ihrer Macht in Braunschweig; u.a. nimmt Hitler den Vorbeimarsch vor dem Braunschweiger Schloss ab.
- 18.10.1931 *Er mordung der beiden Arbeiter Engelke und Fischer* durch SA-Mitglieder während des dreitägigen SA-Treffens in der braunschweigischen Hauptstadt. 61 Demonstranten werden zum Teil schwer verletzt.
- 21.10.1931 Erstes Verbot der sozialdemokratischen Zeitung "Volksfreund" durch Innenminister Klagges.
- 22.10.1931 Die Arbeiter der Braunschweiger Betriebe reagieren auf die Morde mit einem *Massenstreik; an der Beisetzung der Toten* beteiligen sich rund *25.000 Menschen*.
- 03.11.1931 Große Anfrage der SPD im Landtag wegen der Vorkommnisse beim Aufmarsch der SA und der unterschiedlichen Handhabung des Umzugsrechtes durch den Innenminister.
- 06.11.1931 Zweites Verbot des "Volksfreund" nachdem die Reichsregierung das erste Verbot vorzeitig aufgehoben hatte.
- 08.11.1931 Antifaschistische Delegiertenkonferenz unter der Leitung der KPD, an der sich linke Splitterparteien, nicht aber die SPD beteiligen; die Anwesenden beschließen die Durchführung von Streiks, wenn die SA wieder Aufzüge zur Gewaltausübung nutzt.
- 02.12.1931 Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) in Braunschweig.
- 08.12.1931 Notverordnung des Reichspräsidenten verbietet das Tragen einheitlicher Kleidung und politischer Abzeichen (Uniformverbot); die Braunschweiger SA verstößt systematisch gegen die Verordnung.
Die SPD gründet als Gegenmaßnahme zur "Harzburger Front" die *"Eiserne Front"*, der neben den Parteien auch die freien Gewerkschaften angehören.
- 1932**
- 16.01.1932 Eklat beim Kongress des Landesverbandes der Polizeibeamten, als ein kommunistischer Gastredner die Veranstaltung entgegen der Absprache zur Agitation benutzt.
- 19.01.1932 Verbot des Landesverbandes der Polizeibeamten durch den Innenminister aufgrund dieses Vorfalls.
- 22.01.1932 *ein Reichsbanner-Mann* wird vor dem Eingangstor zur Mühlen- und Industriebau AG (MIAG) in Braunschweig *erschossen*, vermutlich von SS-Angehörigen.
- 27.01.1932 rund *20.000 Arbeiter* aus Braunschweiger Betrieben beantworten den Mord mit einer *Arbeitsniederlegung* und *Beteiligung an der Beerdigung*.
- 25.02.1932 Einstellung des Österreicher Adolf Hitler in den braunschweigischen Staatsdienst als Regierungsrat ihrer Gesandtschaft in Berlin (als Sachbearbeiter für wirtschaftli-

- che Fragen), womit ihm die braunschweigische Landesregierung die deutsche Staatsbürgerschaft verleiht und Hitler die Voraussetzung erhält, bei der Wahl zum Reichspräsidenten kandidieren zu können.
- 12.03.1932 Großveranstaltung der SA in Braunschweig; Verbot für Umzüge durch die Arbeiterparteien und ihre Organisationen, Demonstration der Eisernen Front.
- 13.03.1932 Erster Durchgang der Reichspräsidentenwahl.
- 10.04.1932 Zweiter Durchgang der Reichspräsidentenwahl.
- 13.04.1932 reichsweites SA-Verbot durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten; in Braunschweig wird dagegen verstoßen.
- 09.06.1932 Antrag der NSDAP-Fraktion zur Auflösung des Landtags wird mit den Stimmen von SPD und KPD bei Enthaltung der DVP abgewiesen.
- 13.06.1932 Landesparteitag der SPD, verläuft ohne Störungen durch nationalistische Verbände.
- 16.06.1932 nach der Aufhebung des SA-Verbotes durch die Papenregierung kommt es im Freistaat zu neuen Gewalthandlungen durch die Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen; Überfälle auf Arbeiter und in Arbeiterwohngebieten.
- 20.06.1932 Aufhebung des Umzugs- und Uniformierungsverbotes durch die Verordnung des Reichspräsidenten.
- 24.06.1932 durch eine *Großveranstaltung* in Braunschweig demonstrieren die Mitglieder der *Eisernen Front* Geschlossenheit.
- 05.07.1932 Braunschweiger Amnestiegesetz durch Alpers (NSDAP) im Landtag eingebracht und mit den Stimmen der Bürgerlichen Einheitsliste (BEL) beschlossen; rechtsextremistische politische Täter werden somit bei künftigen Gewalthandlungen begünstigt.
- 08.07.1932 Der Hauptausschuss des braunschweigischen Landtages beschließt die Amnestie für politisch motivierte Gewalttaten – außer für Anhänger der Linken.
- 13.07.1932 nachdem bei einem Aufmarsch der Eisernen Front in Wolfenbüttel von der Polizei Waffen gefunden worden sind, verbietet der braunschweigische Innenminister jede weitere Veranstaltung der Eisernen Front unter freiem Himmel.
- 19.07.1932 Viertes Verbot der sozialdemokratischen Zeitung "Volksfreund" wegen angeblicher Beschimpfungen des Innenministers.
- 20.07.1932 eine Reaktion der Arbeiterparteien auf den Papenschen Staatsstreich in Preußen bleibt aus; die Flugblätter der KPD, die zum Streik aufrufen, bleiben ohne Resonanz; Demonstrationen verbietet der Innenminister.
- 21.07.1932 Polizeirazzien in den Arbeitervierteln Braunschweigs nach Flugblättern der KPD; gesteigerte öffentliche Aktivität der SA im Zeichen der anstehenden Reichstagswahlen.
- 26.07.1932 nach dem Umzugsverbot folgt ein Versammlungsverbot für Veranstaltungen der SPD wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.
- 31.07.1932 Reichstagswahlen mit großen Stimmengewinnen für die NSDAP und Gewinnen der KPD mit großen Verlusten für die SPD.
- Bombenanschläge der SS* in Braunschweiger Arbeitervierteln und auf die Wohnung des SPD-Oberbürgermeisters *Ernst Böhme*; die Anschläge werden von der SS unter Leitung des Führers Friedrich Jeckeln organisiert; Klagges nutzt den Vorfall, um seine Forderung nach Einsatz einer neuen Art von *"Hilfspolizei"*, die aus Angehörigen rechtsextremistischer Organisationen gebildet werden soll, und die für "Ruhe und Ordnung" sorgt, Nachdruck zu verleihen
- der *SA-Studentenführer Axel Schaffelt* wird *erschossen*, vermutlich von KPD-Mitgliedern (womöglich aus Notwehr).
- 01.08.1932 Antrag des braunschweigischen Innenministers beim Reichsminister des Innern zur Bildung einer Hilfspolizei im Freistaat. Das Reichsinnenministerium lehnt den Antrag ab.
- 06.08.1932 erneuter Sprengstoffanschlag durch die SS, wobei Häuser in einem Arbeiterviertel Braunschweigs beschädigt werden.

- 09.08.1932 eine Notverordnung des Reichspräsidenten verschärft die Bestimmungen für politisch motivierte Bomben- und Sprengstoffanschläge (neben Braunschweig war vor allem Breslau ein Wirkungsfeld rechtsextremistischer Bombenanschläge).
- 12.08.1932 der Reichsminister des Innern erklärt die Bildung und den Einsatz einer Hilfspolizei für unzulässig.
- 28.08.1932 Aufruf der KPD-Vertrauensleute beim Photoapparatehersteller Voigtländer, in Verbindung mit dem ISK und der SAP zur Bildung antifaschistischer Betriebshundertschaften findet bei der SPD keine Resonanz.
- Sept./Okt 1932 Streiks in der Metall- und Textilindustrie können weiteren Lohnabbau verhindern.
- 01.10.1932 erneuter Antrag der NSDAP zur Auflösung des Landtags wird diesmal auch mit den Stimmen der BEL abgewiesen.
- 15.10.1932 *Ermordung des SA-Mannes Kampe*; die Tat wird den Kommunisten angelastet, wogegen es sich um einen Fememord handelt.
- 19.10.1932 Abbruch einer SPD-Veranstaltung in Braunschweig wegen des Zwischenrufs "Nieder mit Klagges!" und Verbot weiterer Demonstrationen.
- 06.11.1932 Reichstagswahl mit Stimmenverlusten der NSDAP und Gewinnen der KPD.

1933

- 29.01.1933 *2.000 Demonstranten der Eisernen Front* rufen in Braunschweig zur Verteidigung der Republik auf
- 30.01.1933 Hitler wird zum Reichskanzler ernannt;
Fackelzüge von SA und SS zur "*Machtergreifung*" durch die "*Regierung der nationalen Erhebung*"; *Protestzüge von Arbeitern Braunschweiger Großbetriebe* zum Gewerkschaftshaus; die Gewerkschaften verhalten sich abwartend.
- 31.01.1933 *Großdemonstration der Eisernen Front* in Braunschweig.
- 01.02.1933 Aufruf der KPD zum Generalstreik in Braunschweig und Wolfenbüttel bleibt ohne Widerhall; MdL *Paul Gmeiner* wird verhaftet (1944 im KZ ermordet).
- 03.02.1933 Braunschweiger Notverordnung verbietet der KPD jegliche Aktivität; Hausdurchsuchungen bei KPD-Mitgliedern.
- 04.02.1933 Notverordnung des Reichspräsidenten, die "*Verordnung zum Schutz des deutschen Volkes*" (RGBl. 1933 I, S. 35) erlaubt, marxistische Publikationen zu verbieten, ferner das Sich-nicht-Entfernen aus einer für aufgelöst erklärten Versammlung, Verstöße gegen die Anmeldepflichten von Versammlungen etc.
- 05.02.1933 Bereits fünf Tage nach der Regierungsbildung unter Reichskanzler Hitler ergeht die erste Verordnung strafrechtlichen Inhalts, die "*Verordnung zum Schutz des deutschen Volkes*" vom 4. Februar 1933. Danach sollen ausschließlich Gegner der Nationalsozialisten getroffen werden, so dass die NSDAP das politische Feld der noch ungefestigten Machtverhältnisse zu ihren Gunsten bestellen kann.
- 08.02.1933 Wahlkundgebungen der SPD werden von SA verhindert; erste Verhaftung von SPD-Mitgliedern
- 11.02.1933 Gautreffen der SA in Braunschweig, in deren Verlauf es zu schweren Ausschreitungen in Arbeiterwohngebieten kommt, *zwei Arbeiter* werden dabei getötet, in dem sie in den Folgetagen ihren schweren Verletzungen erliegen. Es handelt sich um die Arbeiterin *Auguste Reineke* († 14. Februar) und den Arbeiter *Albert Wiese* († 13. Februar).
- 12.02.1933 Bezirksparteitag der SPD in Gandersheim zur Wahl der Reichstagskandidaten.
- 17.02.1933 *Massenstreikaktion* in Braunschweig zur Beerdigungsfeier der zwei beim Gautreffen der SA am 11.02. getöteten Arbeiter.
- 22.02.1933 Empfehlung des preußischen Innenministers zur Aufstellung einer Hilfspolizei unter Aufsicht der regulären Polizei.
- 28.02.1933 Notverordnung des Reichspräsidenten, die "*Verordnung zum Schutz von Volk und Staat*" ("Reichstagsbrand-Verordnung") setzte die für den bürgerlichen und demokratischen Rechtsstaat grundlegenden Freiheitsgarantien nach Art. 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Weimarer Verfassung außer Kraft, insbesondere den verfassungsmäßigen Schutz vor willkürlichen Verhaftungen (RGBl. 1933 I, S. 8).
- 01.03.1933 Erste Verordnung des braunschweigischen Minister des Innern zur VO zum Schutz von Volk und Staat / Reichstagsbrand-VO verbietet alle Versammlungen und Publikationen "kommunistischer" (KPD) und "marxistischer" (SPD) Richtungen (im Reich beschränkt sich das Verbot noch ausschließlich auf die KPD).
Aufstellung der "Hilfspolizei" – Die braunschweigische Landesregierung ernennt Angehörige der SA, der SS und des Stahlhelms zu „Hilfspolizisten“, die die zu je gleichen Anteilen aus der jeweiligen Organisation rekrutiert werden.
- 02.03.1933 Beginn größerer Verhaftungswellen
- 05.03.1933 Reichstagswahl
- 06.03.1933 der Reichsminister des Innern empfiehlt die sofortige Sicherstellung aller Fahrzeuge der KPD; der braunschweigische Innenminister dehnt die Maßnahme auf alle Arbeiterparteien aus.
- 07.03.1933 Zweite VO des braunschweigischen Minister des Innern zur VO zum Schutz von Volk und Staat / Reichstagsbrand-VO verbietet Reichsbanner und Eisernen Front (wie auch im Reich).

- Ernennung ausgewählter SA- und SS- sowie Stahlhelm-Angehöriger zu Hilfspolizisten ohne Polizeikontrolle in Braunschweig.
- 08.03.1933 SS-Hilfspolizei marschiert unter Führung von Friedrich Alpers, Führer der 49. SS-Standarte (Braunschweig) zum Braunschweiger Rathaus und erzwingt dort das Hissen der Hakenkreuzfahne;
- 09.03.1933 *Erste große massive Gewalt- und Verfolgungswelle in Braunschweig ("Überholaktion")*, bei der das sozialdemokratische "Volksfreundhaus" durch SS-Leute erstürmt wird; der Kaufmann *Hans Saile* wird *getötet*; zahlreiche Misshandlungen von politischen Gegnern der Nazis.
- 11.03.1933 Verhaftung des Volksfreund-Redakteurs *Otto Thielemann* (1938 im KZ Dachau ermordet).
- Die nazistischen Verbände gehen gegen jüdische Geschäftsinhaber vor, beschmierern Schaufenster ihrer Läden mit antijüdischen Parolen wie „Juda verrecke“.
- Ein Telegramm des Berliner Polizeipräsidenten warnt vor Überfällen durch die KPD.
- 12.03.1933 Verlängerung der 1. VO zur VO des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat.
- 13.03.1933 Verhaftung und Absetzung des Braunschweiger Oberbürgermeisters *Ernst Böhme* (SPD).
- 14.03.1933 Landtagssitzung ohne die Abgeordneten der Arbeiterparteien; die SPD erklärt sich angesichts der Verfolgungen außerstande, teilzunehmen.
- 15.03.1933 Beginn der sogenannten *"Überholaktionen"* der SA unter Oberführer Sauke, bei denen Orte im Freistaat mit hoher sozialistischer Mehrheit Ziel der Angriffe sind.
- in Seesen werden Arbeiterfunktionäre gefoltert und misshandelt, *der jüdische Kaufmann Max Bremer ermordet*.
- 16.03.1933 Klagges untersagt durch Erlass den Landespolizeibehörden, Anzeigen gegen Hilfspolizisten wegen ungesetzlicher Ausschreitungen zu verfolgen.
- 17.03.1933 3. VO des braunschweigischen Minister des Innern zur VO zum Schutz von Volk und Staat verfügt die Auflösung der Arbeiter-Jugendorganisationen.
- 18.03.1933 Erstürmung und Besetzung des Gebäudes der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) in der Fallersleber Straße durch die Stahlhelm-Hilfspolizei.
- Beginn der sogenannten *"Mandatsverzichtswelle"*, bei der die SPD- Stadtverordneten und MdL durch Drohungen, Misshandlungen und Folter gezwungen werden, ihr politisches Mandat aufzugeben
- Verhaftung des ehemaligen braunschweigischen Ministerpräsidenten, Rechtsanwalt *Dr. Heinrich Jasper* (SPD, 1945 im KZ Bergen-Belsen umgekommen).
- 19.03.1933 *"Überholaktion"* in Blankenburg.
- 21.03.1933 Anweisung der Reichsregierung zur Einsetzung von Sondergerichten in den Oberlandesgerichts-Bezirken, um Vergehen gegen die VO des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat justiziell zu verfolgen (politisches Schnellgerichtsverfahren mit stark eingeschränkten Verfahrensrechten für Angeklagte)
- Reichsamnestie für politische Straftaten durch die *Straffreiheits-Verordnung*, die im Zusammenhang mit der Regierungsumbildung zur "nationalen Erhebung" begangen wurden, mit der die Reichsregierung Verbrechen amnestierte, die im Zuge der "nationalen Erhebung" von SA- und Parteiangehörigen begangen wurden (Straffreiheits-VO, RGBl. I, S.559); mittels der Amnestie werden die rechtsextremistischen Bombenattentäter, drei SS-Männer, die im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen im August 1932 in Arbeitervierteln und auf das Haus von Oberbürgermeister Böhme verhaftet wurden, noch vier Tage vor der Reichsamnestie für Straftaten "aus Nationalen Beweggründen" vom 21. März 1933 aus der U-Haftanstalt Rennelbergstraße (Braunschweig) entlassen. Am Entlassungstag werden sie unmittelbar nach der Haftentlassung als Helden gefeiert von einer SS-Formation mit Musik zum Sitz des SS-Abschnitts IV geleitet. BLZ vom 18. März 1933.

- Verordnung gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei (RGBl. I, S. 135, "*Heimtückeverordnung*").
"*Überholaktion*" in Zorge.
- 24.03.1933 Als weiterer bedeutsamer Einschnitt in die Verfassung erging das "*Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich*" (RGBl. 1933 I, S. 141, das sogenannte "*Ermächtigungsgesetz*"), welches in Art. 1 vorsah: Reichsgesetze können "außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden". Die beschlossenen Reichsgesetze könnten nach Art. 2 sogar "von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstages und des Reichsrats als solchen zum Gegenstand haben". Auf der Grundlage des Ermächtigungsgesetzes wurden im nationalsozialistischen Staat zahlreiche Strafgesetze erlassen. Damit vollzog sich die weitere Umwandlung in eine "Diktatur der Reichsregierung über den Staat".
- 25.03.1933 Höhepunkt der "*Mandatsverzichtswelle*" in Braunschweig, *Folterung* des Gewerkschaftsfunktionärs *Mattias Theisen* (SPD) (*verstirbt* am 10.04.33 an den Folgen der Verletzungen).
- 26.03.1933 Anordnung des braunschweigischen Finanzministers an alle Beamten, nachzuweisen, daß sie keiner marxistischen Partei angehören (im Reich am 7.4.33 angeordnet).
Besetzung des Gewerkschaftsheim in Rieseberg / Landkreis Helmstedt (erste Beschlagnahme von ADGB-Vermögen, im Reich am 2.5.33).
- 27.03.1933 Beginn der *zweiten Terrorwelle* ("*Überholaktion*") im Freistaat, weil Klagges einen Putschversuch durch den Stahlhelm und dem verbotenen Reichsbanner vermutet, deren Mitglieder sich vor dem Gebäude der Allgemeine Ortskrankenkasse versammelt haben, um in den Stahlhelm als letzte organisatorische Basis gegen die Nazis einzutreten, erstürmt SA- und SS-Hilfspolizei die Stahlhelm-Kaserne AOK, die die Stahlhelm-Hilfspolizei am 18. März selbst besetzt hatte, und richtet in den Kellerräumen Folterstätten ein.
Bei der Besetzung der AOK wird der Braunschweiger Arbeiter *Paul Kriosko* (Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold) durch SA-Leute vor seiner Wohnung erschossen.
"*Überholaktion*" in Langelsheim, der Telegrafenaufseher *August Grothenne* (SPD) wird gefoltert, so dass er tags darauf *stirbt*.
- 28.03.1933 4. VO des braunschweigischen Minister des Innern zur VO zum Schutz von Volk und Staat ordnet die Auflösung aller marxistischen Verbände und Vereine an.
Die Parteileitung der NSDAP ordnet die Bildung von Aktionskomitees an. Diese haben nach Anordnung von SA und SS einen gegen die Juden "vom ganzen Volk getragenen" Boykott vorzubereiten, der schlagartig am 1. April, 10.00 Uhr vormittags, einsetzen soll. Die Aktion zielt auf den Boykott jüdischer Waren, Geschäfte, Händler, Ärzte und Rechtsanwälte; Aufruf zum Ausschluss aller Juden aus Schulen und Hochschulen; Überwachung aller Nachrichten, die durch Presse oder Privatpersonen über den Boykott ins Ausland gehen könnten
- 31.03.1933 1. Reichsgesetz zur Gleichschaltung der Länder gibt den Länderregierungen bzw. Länderparlamenten Gesetzgebungsrecht zur Ausschaltung politischer Gegner (in Braunschweig seit dem 14.3.1933 erzwungen).
- 01.04.1933 Klagges muss auf Weisung der Reichsregierung (RMdI) das von ihm angeordnete Verbot des Stahlhelms aufheben.
Amnestiegesetz für politische Verbrechen, die im Auftrag des braunschweigischen Minister des Innern im Zusammenhang mit der Stahlhelm-Aktion begangen wurden.
Einsetzung sogenannter "Politischer Beauftragter" bei den Kreisdirektionen im Freistaat zur Überwachung der Kreisdirektoren (Bad Harzburg, Blankenburg, Helmstedt, Holzminden, Wolfenbüttel).

- Boykott jüdischer Geschäfte in Deutschland durch die SA. Die Aktion richtet sich auch gegen jüdische Ärzte und Rechtsanwälte sowie gegen den Besuch von Schulen und Universitäten durch Juden.
- 04.04.1933 Neubildung des braunschweigischen Landtages aufgrund des „Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ nach dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 05. März 1933.
- 04.04.1933 Gesetz zur Abwehr politischer Straftaten (RGBl. I, S.).
- 06.04.1933 Gleichschaltung der Technischen Hochschule in Braunschweig.
- 07.04.1933 *"Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums"* vom 7. April 1933 (RGBl. 1933 I, S. 175 ff). Mit diesem Gesetz werden Richter und Beamte aus "rassistischen" (genauer: rassistischen) und politischen Gründen nunmehr legal aus dem Dienstverhältnis herausgedrängt.
- Ernennung des Kreisleiters des NSDAP-Kreises Braunschweig-Stadt, Studienrat *Dr.phil. Wilhelm Hesse*, zum Staatsbeauftragten beim Rate der Stadt.
- 08.04.1933 Gleichschaltung der Industrie- und Handelskammer (IHK) in Braunschweig.
- 09.04.1933 Gleichschaltung der Lehrerverbände.
- Erste Verurteilungen des neuen Sondergerichts* unter dem nationalsozialistischen Vorsitzenden, *Friedrich Lachmund*, das Gericht tagt im AOK-Gebäude, wo die SS-Hilfspolizei residiert und ein Foltergefängnis betreibt.
- 10.04.1933 Razzien in den Braunschweiger Schrebergärten, wobei die Hilfspolizei Waffen und marxistische Schriften findet.
- Gleichschaltung der Schrebergartenverbände
- 12.04.1933 Gleichschaltung der Anwaltskammer
- 13.04.1933 Gleichschaltung des braunschweigischen Landtages und der Stadtverordnetenversammlung.
- Weitere Razzien in den Schrebergärten.
- 15.04.1933 *Absetzung der gewählten Betriebsräte* durch die Klagges-Regierung.
- 20.04.1933 zu Hitlers Geburtstag feiert die NSDAP den Sieg mit großen Paraden, Reichsamnestie für politische Häftlinge
- 24.04.1933 Übertritt der Mehrheit des Vorstandes des DNVP- Landesverbandes, darunter der vier Landtagsabgeordneten, zur NSDAP (im Reich erfolgt der Übertritt zwei Monate später am 29.06.33)
- 26.04.1933 Selbstauflösung der DVP des Landes Braunschweig.
- 29.04.1933 Eröffnung des rein nationalsozialistischen Landtages, was Klagges stolz dem neuen Reichskanzler meldet. An der konstituierenden Sitzung des braunschweigischen Landtages nehmen lediglich 33 Abgeordnete der NSDAP-Fraktion teil, nachdem sich der Landesverband der DNVP der NSDAP angeschlossen hatte.
- 02.05.1933 reichsweite Aktion zur endgültigen Zerschlagung der Gewerkschaften.
- 04.05.1933 Auftrag des Reichsministers des Innern zur Feststellung aller Emigranten (nach Feststellungen der Klagges-Regierung 17 Personen in Braunschweig).
- 05.05.1933 Ernennung des Gauleiters der NSDAP in Magdeburg-Anhalt, Hauptmann a.D. *Wilhelm Friedrich Loeper*, zum Reichsstatthalter in Braunschweig und Anhalt.
- 06.05.1933 Der Reichsstatthalter ernennt *Klagges zum Ministerpräsidenten* und *Alpers zum Justizminister*.
- 09.05.1933 reichsweite Bücherverbrennungsaktion.
- 12.05.1933 feierliche Vereidigung von Klagges und Alpers als Landesminister durch den Reichsstatthalter.
- 14.05.1933 erneute lokale Stahlhelmverbote, weil Reichsbanner-Mitglieder in die Organisation aufgenommen wurden.
- 17.05.1933 Beschlagnahme aller Grundstücke der SPD und der Arbeiterorganisationen (Weisung des RMdI).

- 18.05.1933 Gleichschaltung aller noch nicht erfassten Vereine und Verbände (u.a. Bibelforscher, Wachturm (Jehovas Zeugen)).
- 26.05.1933 reichsweite Verordnung zur Beschlagnahme kommunistischen Vermögens (in Braunschweig schon im März erfolgt).
- 01.06.1933 SS-Führer Friedrich *Jeckeln* wird *zum Chef des braunschweigischen Landespolizeiamtes* ernannt.
- 02.06.1933 *erneute Welle von Verhaftungen* durch die Hilfspolizei.
- 12.06.1933 *Straffreiheits-Gesetze* durch die braunschweigische Landesregierung für Straftaten, die im Zuge der "Nationalen Erhebung" durch rechtsnationalistische Organisationen begangen wurden (BrGuVO-Samml. Nr. 70, S. 108, siehe auch 22.09.33).
- 13.06.1933 Letzte Sitzung des braunschweigischen Landtages.
- 25.06.1933 Ermordung des Braunschweiger *Arbeiters Otto Rose* (KPD) durch Folter: Der am 22. Juni verhaftete Rose erlag an dem Tag der Schwere seiner erlittenen *Verletzungen*.
- 26.06.1933 in Flugblättern wird zur Protestaktion wegen der Ermordung Roses aufgerufen.
- 29.06.1933 Großfahndung der Hilfspolizei nach Flugblättern, die inzwischen aufgrund der Verbote illegal sind; bei Razzien im Braunschweiger Arbeiterviertel "Eichtal", deren Bewohner überwiegend bei der MIAG arbeiten, *erschießen SS-Männer* versehentlich ihren Kameraden *Gerhard Landmann*.
- 30.06.1933 während der Beisetzung Roses kommt es zu keiner Aktion; die Hilfspolizei verhaftet Friedhofsbesucher. Dennoch verhaftet die Hilfspolizei Friedhofsbesucher, darunter den Arbeiter aus Braunschweig *Walter Steinbrink*; er wird von SS-Leuten misshandelt und stirbt am 7. Juli 1933 an den Verletzungsfolgen im Landeskrankenhaus.
- Entlassung "marxistischer" Beamter aus dem Dienst
- 01.07.1933 die Klagges-Regierung benutzt den Tod von Landmann als Vorwand für eine erneute Terrorwelle; in Schauprozessen werden Hunderte hauptsächlich kommunistisch orientierte Arbeiter zu Haftstrafen verurteilt;
der *Gewerkschaftssekretär Hermann Basse* (SPD) wird *ermordet*
- 03.07.1933 der nach der Verhaftungsaktion in der MIAG am 29. und 30. Juni gefoltete Funktionär des Rotfrontkämpfer-Bundes (RFB) *Karl Wolf* verstirbt an den Folgen seiner erlittenen Verletzungen.
- 04.07.1933 *Ermordung von 10 kommunistischen Arbeitern und einem Studenten* im Käthe-Kollwitz-Haus in Rieseberg / Helmstedt als "Vergeltung" für den Tod des von eigenen SS-Leuten erschossenen Landmann.
Ermordet wurden *Hermann Behme* (Dreher bei der Miag in Braunschweig, Vorsitzender des Betriebsrates, Mitglied der KPD), *Julius Bley* (Chemiegraph bei Grasshoff in Braunschweig, Mitglied der KPD), *Hans Grimminger* (Elektromonteur bei der Miag, Mitglied des Betriebsrates, Mitglied der KPD), *Kurt Heinemann* (Schneider aus Schöningen, Mitglied der KPD), *Reinhold Liesegang* (Schweißer aus Braunschweig, Mitglied der KPD), *Wilhelm Ludwig* (Bahnarbeiter aus Braunschweig, Mitglied der KPD), *Walter Römmling* (Arbeiter bei der Miag, Mitbegründer der Sozialistischen Arbeiterjugend, Mitglied des Betriebsrates, Mitglied der KPD), *Alfred Staats* (Angestellter, Mitglied der KPD), *Willi Steinfass* (Arbeiter bei der Miag, Mitglied der KPD) und *Gustav Schmidt* (Sohn eines Pfarrers, Lehrerstudent in Braunschweig, Sozialistische Studentenverbindung) sowie ein nicht identifizierter Gefangener.
- 06.07.1933 weitere *"Überholaktion"*, die *"Landmann-Welle"* in Helmstedt und Wolfenbüttel.
- 07.07.1933 *Ermordung der Kommunisten Fritz Fischer, Alfred Perkampus und Alfred Müller* in Wolfenbüttel.
- 14.07.1933 Reichsgesetz zur Einziehung sogenannten volks- und staatsfeindlichen Vermögens.
- 18.07.1933 Verfügung Justizminister Alpers zur Verfolgung und Aburteilung der in der AOK-Kaserne eingesperrten Arbeiter.
- 21.07.1933 *Ermordung des Arbeiters Wilhelm Kirchhoff*.

- 24.07.1933 Flugblattaktion der KPD in der MIAG gegen das Massaker der Nazis in Rieseberg.
- 26.07.1933 Maßnahmen der braunschweigischen Staatsregierung zur vorbeugenden Gegnerbekämpfung durch die 8. VO zur Durchführung der "Reichstagsbrand-VO" (VO des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat); sie stellt die Nichtablieferung staatsfeindlicher Schriften unter Strafdrohung; die VO erlaubt eine Doppelbestrafung und stellt das Wegwerfen marxistischer Schriften unter Strafe; BrGuVO-Sammlung Nr. 92/1933, S. 143 f.
- Zweite "Überholaktion" in Wolfenbüttel*
- 28.07.1933 die Beschwerden Braunschweiger Politiker bei Vertretern der Reichsregierung, darunter der ebenfalls langjährige NSDAP-Politiker und ehemaliger Landtagspräsident bzw. amtierende Reichstagsvizepräsident Ernst Zörner, über die skandalösen Folterungen in der AOK veranlassen den Reichsstatthalter, der die AOK besichtigt und die Verhältnisse dort "skandalös" findet, zum Eingreifen.
- 01.08.1933 Jeckeln wird Führer des SS-Oberabschnitts und zieht in die Villa Löbecke, Sitz der SS-Oberabschnitts, ein.
- 03.08.1933 Entlassung von Gefangenen aus dem AOK-Gefängnis.
- 04.08.1933 beschleunigte Verfahren vor dem Sondergericht, das in der AOK tagt, ungefähr 40 Prozesse mit jeweils mehreren Angeklagten an zwei Prozesstagen, rund 200 Verurteilungen.
- 12.08.1933 erneute Flugblattaktion in der MIAG.
- 28.08.1933 Auflösung der aus SA- und SS-Mitgliedern bestehenden Hilfspolizei; bei ihrer Verabschiedung lobt Klagges ihre "hervorragenden Leistungen".
- 20.09.1933 *"Aktion Blankenburg"*: ein SS-Kommando verhaftet über 90 Kommunisten bei einer Razzia im Landkreis Blankenburg.
- 22.09.1933 Verabschiedung der *Straffreiheits-Gesetze* im braunschweigischen Freistaat (BrGuVS Nr. Nr 111, S. 162, siehe auch 12.06.33).
- 29.09.1933 Verurteilung von ungefähr 60 Kommunisten durch ein Sondergericht in Blankenburg.
- 07.10.1933 im Prozess wegen Landfriedensbruchs (Schussverletzung eines SA-Mannes am 11.02.33 in Braunschweig) werden der Kommunist *Wolf* zum Tode und *Ernst Flentge* und *Ernst Donath* zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt (beide kommen später im KZ ums Leben).
- 14.10.1933 Durch die Auflösung des Reichstages wird auch der Landtag aufgelöst; eine Neubildung erfolgt nicht mehr.
- 18.10.1933 Wahl des NSDAP-Kreisleiters Dr. Wilhelm Hesse zum Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig.
- 26.10.1933 Verhaftung von 14 Kommunisten in Braunschweig, die im Oktober öffentlich die NAZ verkauften.
- 06.11.1933 Amtseinführung des neuen Oberbürgermeisters Dr. Hesse.
- 15.11.1933 Anweisung des braunschweigischen Ministerpräsidenten an alle Landjäger (Polizei der Landkreise), auf Flugblattverteiler ohne Anruf zu schießen.
- 30.11.1933 zweites Gesetz über die Geheime Staatspolizei in Preußen.
- 01.12.1933 *"Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat"* (RGBl. 1933 I, S. 1015) das die NSDAP zur "Trägerin des deutschen Staatsgedankens" machte und - "mit dem Staat unlöslich" verband.
- 1934**
- 27.01.1934 Ernennung Himmlers zum Politischen Polizeikommandeur des Freistaat Braunschweig (Inspekteur der Braunschweigischen Politischen Polizei)
- Ernennung von Klagges zum Ehrenführer der SS im Generalsrang eines SS-Gruppenführers im Stab des Reichsführers SS
- 12.04.1934 Runderlass des Reichsminister des Innern über *Schutzhaft* (siehe auch Änderungserlass vom 26. April 1934; der Erlass versucht formal-juristisch die Schutzhaft einzugrenzen: Begründungsmittelung an den Häftling binnen 24 Stunden,

- 17.04.1934 das "*Gesetz über die Braunschweigische Politische Polizei*" (BrGuVO-Sammlung Nr. 55/1934, S. 104).
- 20.04.1934 Göring setzt den Reichsführer SS als Inspekteur für die Geheime Staatspolizei in Preußen ein.
- 26.04.1934 Änderungserlass des Reichsminister des Innern zum Runderlaß über die Verhängung von Schutzhaft (siehe auch RdErl. vom 26. April 1934.).
- 02.05.1934 Himmler verlegt seine neue Koordinationsstelle, das "*Zentralbüro des Politischen Polizeikommandeurs der Länder*" nach Berlin in das Gebäude, in dem das Geheime Staatspolizeiamt residierte.
- 11.05.1934 Überreichung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Braunschweig an den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler durch Oberbürgermeister Dr. Hesse.
- 03.07.1934 "Gesetz über Maßnahmen der Staatsnotwehr (RGBl. I, S. 529), das die Morde im Zusammenhang mit der Ausschaltung Röhm und der SA-Führung ("Röhmputsch") straffrei stellte
- 27.07.1934 Achte Verordnung zur Durchführung der „Reichstagsbrand-Verordnung“ durch die braunschweigische Landesregierung. Mit ihr erhält die Braunschweigische Politische Polizei weitestgehende Befugnisse zur Verfolgung und Verhaftung der politischen Gegner.
- 01.12.1933 das "*Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat*". Damit wird die NSDAP zur "Trägerin des deutschen Staatsgedankens" erklärt und – "mit dem Staat unlöslich" verbunden.
- 20.12.1934 Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei (RGBl. I, S 1269, "*Heimtücke-gesetz*").

Tötungshandlungen im Verlauf der nationalsozialistischen Gewaltaktionen und -verbrechen (Angehörige von SA- und SS-Verbänden sowie des Stahlhelms bzw. der aus den Organisationen gebildeten „Hilfspolizei“)

Personen, die im Freistaat Braunschweig durch Gewalt- und Tötungshandlungen nazistischer Täter um ihr Leben kamen (Chronologie der Gewalthandlungen)

Auguste Reinicke

Hausfrau aus Braunschweig (SPD)

starb an den Folgen eines ungezielten Schusses bei einem SA-Aufmarsch (12. Februar) am 14. Februar 1933

Albert Wiese

Arbeiter aus Braunschweig (KJVD)

starb an den Folgen eines ungezielten Schusses bei einem SA-Aufmarsch (12. Februar) am 13. Februar 1933

Hans Saile

Kaufmann aus Berlin (SPD)

am 9. März 1933 von SS-Leuten bei der Erstürmung und Besetzung des Volksfreund-Gebäudes erschossen

Mattias Theisen

hauptberuflicher Gewerkschaftsfunktionär

am 15. März 1933 von SS-Leuten so schwer mißhandelt, daß er am 10. April 1933 an den Verletzungsfolgen starb

Max Bremer

Kaufmann aus Seesen, Jude

am 15. März 1933 von SA-Leuten verhaftet und mißhandelt, am 17. März 1933 in einer Gefängniszelle erhängt

August Grothenne

Telegrafenaufseher aus Lutter (SPD)

am 27. März 1933 von SS-Leuten aus Braunschweig schwer mißhandelt, verstarb am 28. März 1933 an den Folgen der Verletzungen

Paul Kriosko

Arbeiter aus Braunschweig (Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold)

am 27. März 1933 bei der Besetzung der AOK durch SA-Leute vor seiner Wohnung erschossen

Willi Ohlhoff

Stahlhelm-Angehöriger aus Braunschweig

am 14. Mai 1933 aus einer marschierenden Kolonne des Stahlhelms heraus von einem Heckenschützen der SA erschossen

Otto Rose

Arbeiter aus Braunschweig (KPD)

am 22. Juni 1933 von SS-Leuten verhaftet und schwer mißhandelt, wurde am 25. Juni 1933 in der Haftzelle erhängt

Walter Steinbrink

Arbeiter aus Braunschweig

am 28. Juni 1933 bei der Beerdigung Otto Roses auf dem Friedhof verhaftet und von SS-Leuten misshandelt, stirbt am 7. Juli 1933 an den Verletzungsfolgen im Landeskrankenhaus

Kurt Schölpmann

Gärtner aus Braunschweig

am 29. Juni 1933 im SS-Hilfspolizeihauptquartier Volksfreund-Gebäude aus unbekanntem Gründen dort gefoltert und von SS-Leuten aus dem Fenster geworfen

Hermann Bosse

SA-Mann aus Braunschweig
am 29./30. Juni 1933 von SS-Leuten abgeholt, aus unbekanntem Gründen gefoltert und ermordet

Wilhelm Kirchhoff

Arbeiter aus Braunschweig (KPD)
am 29./30. Juni 1933 von SA-Leuten verhaftet und schwer mißhandelt, verstarb am 27. Juli 1933 im Landeskrankenhaus an den Folgen schwerer Vereiterungen

Karl Wolf

Funktionär im Rotfrontkämpfer-Bund
am 29./30. Juni 1933 von SA- und SS-Leuten mißhandelt und gezwungen, aus dem Fenster zu springen, verstarb am 3. Juli 1933 an den Folgen der dabei erlittenen Verletzungen

Hermann Basse

Gewerkschaftssekretär aus Braunschweig (SPD)
am 1. Juli 1933 von SS-Leuten schwer mißhandelt, um weiteren Folterungen zu entkommen, aus dem Fenster gesprungen und dabei zu Tode gestürzt

Das Massaker in Rieseberg am 04. Juli 1933

als Vergeltungs- und Warnungsaktion aufgrund des Todes des SS-Mannes Gerhard Landmann, der bei einer Razzia von SS-Einheiten dabei versehentlich von eigenen Leuten erschossen wurde

○ Hermann Behme

Dreher bei der Mühlen- und Industriebau AG (MIAG) in Braunschweig
Stadtverordneter und Vorsitzender des Betriebsrates, Mitglied der KPD
am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordet

○ Hans Grimminger

Elektromonteur bei der MIAG, Mitglied des Betriebsrates, Mitglied der KPD
am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordet

○ Alfred Staats

Angestellter aus Braunschweig (KPD)
am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordet

○ Julius Bley

Chemiegraph bei Grasshoff in Braunschweig (KPD)
am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordet

○ Willi Steinfass

Arbeiter bei der MIAG, Mitglied des Betriebsrates, Mitglied der KPD
am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordet

○ Kurt Heinemann

Schneider aus Schöningen (Jude, KPD)
am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordet

○ Reinhold Liesegang

Schweißer aus Braunschweig bei der MIAG (KPD)
am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordet

○ Walter Römling

Arbeiter bei der MIAG, Mitbegründer der Sozialistischen Arbeiterjugend
Mitglied des Betriebsrates, Mitglied der KPD
am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordet

○ Wilhelm Ludwig

Bahnarbeiter aus Braunschweig (KPD)
am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordet

○ **Gustav Schmidt**

Lehrerstudent aus Braunschweig (Sozialistische Studentenverbindung)
am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordet

○ **unbekannt** (11. nicht identifizierte Person der in Rieseberg Erschossenen)
am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordet

○ **Benno Zauderer**

Mitglied des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten und polnischer Staatsbürger
am 5. Juli 1933 von SS-Leuten verhaftet, gefoltert und an Verletzungsfolgen gestorben

○ **Benno Ehlers**

Braunschweig
am 6. Juli 1933 im "Volksfreund" ermordet

○ **Fritz Fischer**

Bauarbeiter aus Wolfenbüttel (KPD)
am 6. Juli 1933 von Wolfenbüttler SA-Leuten zu Tode gefoltert

○ **Alfred Perkampus**

Maurer aus Wolfenbüttel (KPD)
am 6. Juli 1933 von Wolfenbüttler SA-Leuten zu Tode gefoltert

○ **Alfred Müller**

aus Wolfenbüttel (KPD)
am 6. Juli 1933 von Wolfenbüttler SA-Leuten zu Tode gefoltert

Albert Voigt

Braunschweig
am 29. Juli 1933 erschossen

Brandt

SA-Mann aus Neinstedt
am 30. September 1933 auf Grund der Verwechslung mit einem namensgleichen Kommunisten von
SS-Leuten zu Tode gefoltert

Adolf Wolf

Arbeiter aus Braunschweig (KPD)
am 7. Oktober 1933 zum Tode verurteilt, weil er am 10. Februar 1933 einen SA-Mann durch einen
Schuss in den Oberarm verletzte, als SA-Männer in die Straße Nickelnkulk einfielen

Durch die Landesregierung des Freistaates Braunschweig und Braunschweigische Politische Polizei bzw. Geheime Staatspolizei verfolgte und verstorbene Mandatsträger und Oppositionelle aus dem Land Braunschweig (alphabetisch)

Karl Becker

Arbeiter aus Braunschweig, 1933 Mitglied des Metallarbeiter-Verbandes
Verhaftung durch die Gestapo am 19. September 1939, das Sondergericht verurteilte ihn am 9. Februar 1940 wegen Verstoßes gegen das Heimtücke-Gesetz zu einem Jahr Gefängnis; anschließend lieferte sie ihn in ein Konzentrationslager ein; am 27. Februar 1942 starb er im Konzentrationslager Sachsenhausen

Hermann Bode

Jg. 1911, Arbeiter aus Braunschweig, konnte seine Lehre als Mechaniker aufgrund des Konkurses des Unternehmens, in dem er lernte, nicht abschließen; Hermann Bode schloss sich ebenso wie seine drei Brüder dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) an. Aufgrund der Ablehnung der „Sozialfaschismus“-These zeitweise Ausschluss aus der KPD. 1931 mit 20 Jahren Mitglied der Braunschweiger Stadtverordnetenversammlung; Mehrmals verhaftet, u.a. mehrere Jahre Haft im KZ Dachau; ab 1943 Bewährungsbataillon „999“, wegen Aufbau einer Widerstandsgruppe mit Leidensgenossen beim Militäreinsatz in Griechenland denunziert, wurde Bode verhaftet und nach einem gescheiterten Fluchtversuch von einem militärischen Standgericht am 9. Juni 1944 hingerichtet, nachdem Bode sich geweigert hatte, Genossen zu verraten.

Ernst Casties

Zimmerpolier, Stadtverordneter der SPD aus Bad Harzburg; Casties kam im Zuge der "Aktion Gewitter" (August 1944) in das Arbeitserziehungslager in Haft und wurde am 22. September 1944 in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert; wegen Arbeitsunfähigkeit brachte ihn die SS im Frühjahr 1945 in das Lager Bergen-Belsen, wo er – nach amtlichen Angaben – am 14. April 1945 starb.

Rudolf Claus

Dreher aus Braunschweig, Sekretär der "Roten Hilfe Deutschlands" (KAPD und KPD)
1933 verhaftet, für kurze Zeit wieder freigelassen; wegen der Fortführung der illegalen Reichsleitung der "Roten Hilfe" am 14. Mai 1934 in Berlin verhaftet und wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens unter erschwerten Umständen vom 2. Senat des Volksgerichtshofes zum Tode verurteilt; er wurde trotz internationaler Protestaktionen am 17. Dezember 1935 in Plötzensee hingerichtet

Adolf Dimmik

Beigeordneter i.R., SPD-Funktionär aus Bad Harzburg
die Gestapo verhaftete ihn wie Löhr und Siems am 16. August 1938 und versuchte ihm nachzuweisen, die SPD wiederbegründet zu haben; am 4. März 1939 wurde er wieder entlassen;
im Zuge der "Aktion Gewitter" (August 1944) am 22. August 1944 ins Arbeitserziehungslager Hallendorf, anschließend am 22. September 1944 in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert; wegen Arbeitsunfähigkeit brachte man ihn am 24. Februar 1945 nach Bergen-Belsen, wo er – nach amtlichen Angaben – am 14. April 1945 starb.

Ernst Domke

Kaufmann, Kreistagsabgeordneter des Landkreises Wolfenbüttel für die SPD aus Wittmar
E. D. wurde ebenfalls im Zuge der "Aktion Gewitter" (August 1944) verhaftet: Lager 21, Konzentrationslager Sachsenhausen, Konzentrationslager Bergen-Belsen, wo er im Frühjahr – nach amtlichen Angaben – am 14. April 1945 starb.

Ernst Donath

Schlosser aus Braunschweig, Funktionär der KPD
am 26. Juni 1933 in U-Haft wegen Landfriedensbruch (Angriff auf Nationalsozialisten, die eine Straße im Arbeiterwohnviertel unsicher machten); vom Sondergericht verurteilt wegen Landfriedensbruch (zusammen mit Flentge); vom 7. Oktober 1933 bis 7. Oktober 1938 in Justizstrafhaft in Wolfenbüttel; anschließend Schutzhaft vom 12. Oktober 1938 bis 12. Januar 1945 Konzentrationslager Sachsenhausen; wegen Arbeitsunfähigkeit am 15. Januar 1945 ins Konzentrationslager Bergen-Belsen gebracht und dort – nach amtlichen Angaben – am 4. März 1945 gestorben.

Albert Drösemeyer

bis 1933 Geschäftsführer der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) in Schönigen, SPD
A. D. wurde 1938 wegen seiner Verbindungen zu Plumenblohm verhaftet; nach schwerer Folter durch die Gestapo erhängte er sich in Untersuchungshaft im U-Gefängnis Rennelberg.

Ernst Flentge

Stanzer aus Braunschweig, Funktionär der KPD
am 7. Oktober 1933 nach längerer Schutzhaft und U-Haft wegen Landfriedensbruch (zusammen mit Donath) zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt; im Anschluß in Schutzhaft genommen, ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht; ebefalls wegen Arbeitsunfähigkeit in das Konzentrationslager Bergen-Belsen verlegt, wo er im Frühjahr 1945 starb.

August Fuhst

Kutscher, SPD-Mitglied aus Braunschweig
A.F. versuchte gegen Kriegsende, Gegenpropaganda zu machen; durch ein Urteil des Volksgerichtshofs wurde er am 1. Dezember 1944 in Berlin wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Feindbegünstigung und Wehrkraftzersetzung zum Tode verurteilt; das Urteil wurde am 8. Januar 1945 im Landgerichtsgefängnis Potsdam vollstreckt.

Paul Gmeiner

Dreher, Aktivist des Spartakusbundes, 1918 Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenrat, Vorsitzender des KPD-Unterbezirks Braunschweig, Landtagsabgeordneter
am 31. Januar 1933 bei einer Flugblattaktion verhaftet, "irrtümlich" wieder freigelassen; im Sommer 1933 in Hannover erneut verhaftet und nach Braunschweig gebracht; dort nach langer Untersuchungs-Haft wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zwei Jahren und neun Monaten Zuchthaus verurteilt; nach justizieller Strafverbüßung durch Gestapo in Schutzhaft genommen und ins Konzentrationslager Dachau eingeliefert; am 20. April 1939 nach Braunschweig entlassen, jedoch bei Kriegsausbruch sofort wieder ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht; am 18. April 1944 durch einen Bombenangriff getötet.

Willi Grobe

Schlosser, Stadtverordneter der KPD aus Braunschweig und Stadtrat, Betriebsrat bei Konegen und Büssing
vom 21. März 1933 bis 3. November 1933 in Braunschweig in Schutzhaft; am 9. August 1935 durch den Himmlerschen Präventiverlaß nach Dachau in Schutzhaft genommen und am 4. Mai 1939 entlassen; erneute Verhaftung im Zuge der "Aktion Gewitter" (August 1944) zunächst ins Arbeitserziehungslager Hallendorf, anschließend in in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert und am 4. Februar 1945 nach Bergen-Belsen verlegt, wo er starb.

Walter Hensel

Musiker, Stadtteilleiter der KPD in Braunschweig
Schutzhaft vom 4. Mai 1933 bis 5. Oktober 1933; am 30. November 1933 wegen Vorbereitung zum Hochverrat (Mitgliedschaft in einer verbotenen Partei) zu einem Jahr Gefängnis verurteilt; nach Justizhaft von der Gestapo unmittelbar in Schutzhaft genommen un am 11. März 1935 wegen öffentlicher Beleidigung einer Person der NSDAP bis zum 26. Juli 1935 im Gefängnis Wolfenbüttel eingesperrt; am 9. August 1935 mittels des Himmlerschen Präventiverlasses ins Konzentrationslager Dachau eingeliefert; W.H. wurde am 18. März 1937 ermordet.

Dr. Heinrich Jasper

Rechtsanwalt, Stadtverordneter, Fraktionsvorsitzender der SPD- Landtagsfraktion, Staatsminister und Ministerpräsident im Freistaat Braunschweig
1933 misshandelt und in Schutzhaft genommen, Gefangenschaft im Konzentrationslager Dachau, mit Meldeauflagen entlassen; im Verlauf der "Aktion Gewitter" am 22. August 1944 erneut verhaftet, zunächst in das Gestapo-Lager bei Hallendorf, anschließend in das Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht; sterbenskrank am 15. Januar 1945 nach Bergen-Belsen gebracht, wo er am 19. Februar 1945 starb.

Robert Kauschke

Zimmermann, ohne Parteizugehörigkeit aus Helmstedt.

R.K. wurde am 2. Juni 1936 wegen groben Unfugs zu sechs Wochen Haft verurteilt; in der Haft bildete er eine antifaschistische Grundhaltung aus; nach der Entlassung habe er versucht, so das Braunschweiger Sondergericht, andere durch "*böswillige, gehässige, hetzerische Äußerungen auf der Arbeitsstelle über den Führer*" zu beeinflussen; Verurteilung zu acht Monaten Gefängnis (28. November 1938 bis 30. Juli 1939); nach Justizhaft unmittelbar von Gestapo in Schutzhaft, vom 18. August 1939 ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht, am 5. März 1940 nach Dachau verlegt, am 16. August 1941 ins Konzentrationslager Mauthausen eingeliefert; am 22. Mai 1942 ums Leben gekommen.

Rudolf Löh

Kaufmann, 1928 Mitglied im Arbeiter- und Soldatenrat, Ortsvorsitzender (SPD) der Stadt, Landtagsabgeordneter

1933 misshandelt, in den folgenden Jahren wiederholt verhaftet; 1938 wegen Wiederbegründung der SPD in U-Haft; am 21. August 1944 bei der "Aktion Gewitter" erneut verhaftet und ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht; von dort im Januar nach Bergen-Belsen, wo er im Frühjahr 1945 starb.

August Merges

Schneider, Hauptagitator der Streikbewegung im Ersten Weltkrieg, 1918 Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenrat, Präsident des Freistaates Braunschweig, Mitglied der Nationalversammlung, danach Anarchosyndikalist (KAPD und AAU) in Braunschweig

1935 als Mitglied einer Widerstandsgruppe verhaftet, von der Gestapo schwer misshandelt; zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt; anschließend in Schutzhaft genommen; durch die Misshandlungen litt er an Knochentuberkulose, an der am 6. März 1945 starb.

Herbert Müller

Spinereiarbeiter, Mitglied der Ernsten Bibelforscher, aus Wolfenbüttel

wegen seiner Zugehörigkeit zu den Zeugen Jehovas (Bibelforscher) am 19. November 1937 verhaftet und am 9. Februar 1938 vom Sondergericht Braunschweig zu einem Jahr Haft verurteilt; nach Verbüßung der Teilstrafe am 7. Mai 1938 der Staatspolizeistelle Braunschweig übergeben und von dieser bis zum 28. Juli 1938 in Schutzhaft genommen; anschließend in das Konzentrationslager Buchenwald eingeliefert, am 7. März 1941 in das Konzentrationslager Niedershagen verlegt, wo er am 29. September 1941 starb.

Otto Nachtigall

Arbeiter aus Schöningen

im Herbst 1939 stimmte er nicht in die Siegesstimmung seiner Arbeitskollegen über den deutschen Vormarsch in Polen ein; der Stukkateur Arthur Seime zeigte ihn wegen "*staatsfeindlicher und den Führer verächtlichmachender Reden*"; das Sondergericht Braunschweig verurteilte ihn zu 15 Monaten Gefängnis; nach Strafverbüßung von der Gestapo in das Konzentrationslager Mauthausen eingeliefert, wo er drei Monate später "auf der Flucht erschossen" wurde.

Erich Plumenbohm

bis 1933 Geschäftsführer der AOK in Bad Gandersheim, nach 1933 Wachmann bei der Braunschweiger Wach- und Schließgesellschaft (SPD)

E.P. wurde 1938 wegen Verstoßes gegen das Heimtücke-Gesetz angezeigt und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt; nach der Justizhaft Einweisung in ein Konzentrationslager, später entlassen; 1944 durch die Gestapo erneut verhaftet und in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert, anschließend nach in Bergen-Belsen, wo er im Frühjahr 1945 ums Leben kam.

Kuno Rieke

Lehrer, Landtagsabgeordneter (SPD), 1930 Landtagspräsident

1933 mißhandelt; aus Braunschweig geflüchtet; am 9. August 1935 aufgrund des Himmlerschen Präventiv-Erlasses in "Schutzhaft" genommen und ins Konzentrationslager Dachau gebracht; verstarb im Konzentrationslager am 2. März 1945

Robert Rose

Maler, Mitglied der Stadteilleitung in der Braunschweiger KPD

am 2. Juli 1933 im Zuge der Landmann-Aktion verhaftet und wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einer Gefängnisstrafe verurteilt; im Sommer 1939 erneute Verhaftung und verurteilung wegen Versto-

ßes gegen das Heimtücke-Gesetz; nach Haftverbüßung in das Arbeitserziehungslager 21 eingeliefert, danach ins Konzentrationslager Buchenwald und Dachau, wo er am 25. September 1942 umgebracht wurde.

Karl Scheide

Klempner, 1933 Stadtverordnetenkandidat für die SPD in Braunschweig
K.Sch. wurde im Zusammenhang mit der Verbreitung des Braunbuches in der Stadt und an Baustellen der Autobahn wegen Vorbereitung zum Hochverrat am 16. Mai 1936 zu acht Monaten Gefängnis verurteilt; anschließend von der Gestapo in Schutzhaft genommen; wieder freigelassen erfolgte am 20. Juli 1944 seine erneute Verhaftung von Nachrichten über die Widerstandsaktion gegen Hitler zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt; er starb am 17. März 1945 im Zuchthaus Coswig/Anhalt.

Heinrich Siems

Landarbeiter, bis 1933 Geschäftsführer der AOK in Langelshiem, seit 1904 Mitglied der SPD, Bezirksleiter des dritten braunschweigischen Wahlkreises bis 1920, 1918 Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenrat, 1920 bis 1933 Landtagsabgeordneter;
1933 mißhandelt und in Schutzhaft gesperrt; am 16. August 1938 wegen angeblicher Wiederbegründung der SPD in Untersuchungs-Haft; im Zuge der "Aktion Gewitter" im August 1944 erneut verhaftet und in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert, von dort nach Bergen-Belsen gebracht, wo er im Frühjahr 1945 umkam.

Heinrich Simon

Schlosser, Gewerkschaftsfunktionär, Stadtverordneter der SPD in Braunschweig
1933 mißhandelt, anschließend nach Holland geflüchtet; beim Einmarsch deutscher Besatzungstruppen verhaftet und nach Braunschweig gebracht; nach Schutzhaft zunächst entlassen und im Zuge der "Aktion Gewitter" am 21. August 1944 erneut verhaftet und in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert,

Fritz Skierde

Technischer Zeichner aus Braunschweig, parteilos
F.S. äußerte sich gegenüber nationalsozialistisch gesinnten Kollegen kritisch über das Regime; trotz Warnung eines Kollegen, ihn nicht weiter mit "staatsfeindlichem" Gerede zu provozieren, setzte er seine kritische Haltung fort und wurde deshalb 1938 angezeigt; S. wurde gerichtlich zu zwei Jahren Haft verurteilt und anschließend in das Konzentrationslager Buchenwald eingeliefert, wo er kurze Zeit später an Lungenentzündung starb.

Gustav Steinbrecher

Schriftsetzer, Arbeitersekretär, Landtagsabgeordneter (SPD) und Minister in Braunschweig
1933 mißhandelt; anschließend nach Hamburg geflüchtet; wegen seiner Kontakte zu Braunschweiger Emigranten in Dänemark 1935 dort verhaftet und nach Braunschweig gebracht; ins Konzentrationslager Dachau eingeliefert, später als Haftverschärfung ins Konzentrationslager Mauthausen; dort am 30. Januar 1940 an Ruhr gestorben.

Otto Thielemann

Schriftsteller, Redakteur beim "Volksfreund", Landtagsabgeordneter (SPD)
Auf Weisung von Klagges und Alpers gefoltert; nach Freilassung nach Hamburg geflüchtet und dort kurze Zeit später erneut verhaftet; drei Jahre "Schutzhaft" in Braunschweig; 1936 ins Konzentrationslager Dachau gebracht und im berüchtigten Bunker (auf Wunsch Klagges) stranguliert

Heinrich Waltemate

Vulkaniseur, Mitglied der KPD in Braunschweig
im Zuge der Landmann-Aktion in Haft und am 9. August 1933 vom in der AOK tagenden Braunschweiger Sondergericht wegen Teilnahme an verbotenen Versammlungen und der Verteilung von kommunistischen Zeitungen zu sechs Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die er in Braunschweig, Wolfenbüttel und Münster verbüßte; anschließend erfolgte seine Einweisung in eine Heil- und Pflegeanstalt wegen Haftpsychose infolge Krankheit; am 2. Juli 1941 in Bernburg als sogenannte "Ballast-Existen" umgebracht.

Hermann Wilke

Arbeiter aus Braunschweig, bis 1933 Mitglied und Kassierer der AAU

H.W. leistete in der Schade-Gruppe 1933/35 Widerstand und wurde im Hauptprozess zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Er verstarb während dieser Haft zu einem nicht bekannten Zeitpunkt um 1938/39

Artur Wischer

Arbeiter aus Braunschweig

A.W. wurde am 15. Oktober 1941 von der Staatspolizeistelle Braunschweig wegen "Arbeitsbummelei" verhaftet, nachdem er nicht zur Arbeit gekommen war und erklärt hatte, er wolle nicht mehr für die Nazis arbeiten; Die Gestapo nahm ihn in Schutzhaft ins Konzentrationslager Buchenwald, wo er am Tag der Einlieferung, den 12. Februar 1942, umkam.